



Meine Damen und Herrn Soldaten, Kameraden und Freunde!

„...Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt und lässt andere kämpfen für seine Sache, der muss sich vorsehen; denn wer den Kampf nicht geteilt hat, der wird teilen die Niederlage. ...denn es wird kämpfen für die Sache des Feindes, wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.“ Bertolt Brecht (1898 - 1956) hat das gesagt, wenn auch aus anderem Anlass. Aber es passt in unsere gegenwärtige Zeit.

Beinahe ganz Europa will seit Ende des kalten Krieges vom „Teilen des Kampfes“ – nämlich Verteidigung der Heimat Europa oder der eigenen staatlichen Souveränität als Anliegen und Pflicht jedes einzelnen Bürgers – nicht mehr viel wissen. Er soll damit nichts mehr zu tun haben oder in die Pflicht genommen werden. Vielmehr soll dies alles ausschließlich auf Freiwilligkeit beruhen und bezahlten Professionisten von Freiwilligenarmeen überlassen bleiben.

Dem Trend folgend wird das natürlich auch in Österreich als der Weisheit letzter Schluss diskutiert und auf einmal auch ausprobiert. Wohl eher parteipolitisch motiviert, jedenfalls in erster Linie budgetangepasst und kaum aufgabenorientiert.

Es gäbe keine Bedrohung mehr, weshalb man sich das leisten könne. Nur mehr Krisen, in die man hinein müsse, damit solche nicht zu uns kämen. „Klein aber fein“ ist das innovative Motto. Von Konflikt- und Krisenmanagement ist heutzutage die Rede. Landesverteidigung, Erhalt eigener Souveränität und innerer Stabilität angesichts terroristischer Bedrohungen oder sonstiger Gefahren scheinen zumindest öffentlich und medial kein Thema zu sein.

Das Bundesheer, inzwischen zum Schatten seiner selbst reformreduziert, steckt in einer Krise, politisch und militärisch. Aber es ist nicht die Krise des Bundesheeres, sondern die unserer Gesellschaft.

Freilich wird man heutzutage nicht mehr ohne Professionisten und Spezialisten das Auslangen finden und mit der Wehrpflicht allein auch nicht mehr alle Probleme lösen können. Aber die entscheidende Frage ist nicht: Freiwilligkeit oder allgemeine Wehrpflicht. Die entscheidenden Fragen sind:

- Muss nicht Sicherheit als Gesamtkonzept allgemeine Pflicht aller Bürger sein? Kann dies ausschließlich auf Freiwilligkeit beruhen oder gilt es nicht auch, die Dienstpflicht jedes Einzelnen einzufordern?
- Was muss dieses Heer militärisch als Mindestmaß leisten können, um noch als solches bezeichnet werden zu können. (Da ist ein Häuflein Infanterie nur für Auslandseinsätze wohl zu wenig)?
- Und wollen wir wirklich, dass der Bürger von der Wiege bis zur Bahre nur mehr Rechte oder Leistungen beanspruchen soll, ohne je dafür selbst in irgendeiner Weise einstehen zu müssen?

Erst wenn das alles geklärt ist,

- wenn Sicherheits- und Verteidigungspolitik wirkliches Anliegen ist,
- wenn man bereit ist, dafür auch mehr Geld und Mittel auf den Tisch zu legen als bisher und dafür vielleicht auf anderes zu verzichten, und
- wenn die Heeresreformen nicht mehr vom Aspekt der Bequemlichkeit und des Nulltarifs diktiert werden,

dann erst wird man in ehrlicher Weise daran gehen können, neue Wege zu gehen. Ansonsten aber kann es leicht sein, dass wir „die Niederlage teilen“... werden, „weil wir“ ... möglicherweise... „für die Sache des Feindes eingetreten sind.“ Es wird höchste Zeit, diese Diskussionen zu führen und wieder ein Wehrpolitik zu betreiben, die dahin zielt, die Wehrbereitschaft zu erhöhen und mehr Wehrbudget zu geben. Denn Freiheit kann man nur dann haben, wenn man bereit ist, dafür den nötigen Tribut zu zahlen. Wenn 18 Millionen Euro nach Afghanistan fließen können, dann wird das ja wohl für die eigene Sicherheit auch würdig und recht sein.

Klagenfurt, am 15.06.2012



(Mag. Meurers, Obst)